

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

14.12.2018

Neue Dynamik ins neue Jahr hineintragen

Die Delegierten des CDU-Bundesparteitages haben Annegret Kramp-Karrenbauer nach einem fairen Wahlkampf zur neuen Vorsitzenden der CDU gewählt. Der Parteitag hat mit Paul Ziemiak, ein Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum neuen Generalsekretär bestimmt. Nun gilt es mit ihnen gut zusammenzuarbeiten. Wichtig ist, den neuen Schwung, der durch die Regionalkonferenzen und die damit verbundenen Kandidaturen von Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn aufgekommen ist, für uns als Union, beizubehalten.

Rückblickend haben wir in diesem Herbst viele konkrete Verbesserungen für die Bürger und unser Land auf den Weg gebracht: Das Baukindergeld und die Anpassung des Mietrechts, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir investieren weiter massiv in die innere und äußere Sicherheit, Bundespolizei und Bundeswehr erhalten mehr Geld. Bürgerinnen und Bürger sind entlastet worden, weil die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner künftig weniger Beiträge bezahlen; Familien erhalten ab dem 1. Juli 2019 ein höheres Kindergeld, die kalte Progression wird auch 2019 abgebaut. Die Mütterrente wird für die Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, erhöht. Zudem sind 13.000 neue Pflegestellen geplant.

In dieser parlamentarischen Woche haben wir die Politik konkreter Fortschritte mit der [KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz](#) fortgesetzt. Mit diesem Gesetz werden die frühe Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungengewährleistet und der Kindertagespflege weiterentwickelt. Wege hierzu sind die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels, bedarfsgerechte Öffnungszeiten, die Stärkung der Leitung, eine bessere räumliche Gestaltung, Sprach- und Gesundheitsförderung und vieles mehr. Da die Bedarfe von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sind, müssen auch die Zielstellungen auf die jeweilige Situation vor Ort angepasst sein.

Unser Ziel ist es, dass das Geld vor allem in die Qualitätsverbesserung wie z.B. einen besseren Betreuungsschlüssel, fließt. Die SPD möchte es jedoch auch für die Gebührenfreiheit des Kita-Besuchs verwenden.

Mit der Qualitätsoffensive-Kita setzen wir ein weiteres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um, mit dem der Bund die Länder und Kommunen bei der Steigerung der Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen und bei Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit unterstützt. Dafür will der Bund folgende Mittel zur Verfügung stellen: 2019 0,5 Milliarden Euro, 2020 eine Milliarde Euro, 2021 und 2022 jeweils 2 Milliarden Euro. Das sind insgesamt 5,5 Milliarden Euro. Damit leistet der Bund einen Beitrag für das gute Aufwachsen von Kindern und verbessert zusätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im „Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung“, wie die KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz offiziell heißt, wird erstmalig bundesweit geregelt, dass Familien mit geringem Einkommen, Familien, die Kinderzuschlag erhalten oder Wohngeld beziehen keine Elternbeiträge mehr zahlen müssen. Zudem sind bundesweit verpflichtende Kriterien für soziale Elternbeitragsstaffelungen vorgesehen. Die Kosten sollen künftig in allen Jugendamtsbezirken zumindest nach dem Einkommen der Eltern, der Anzahl der Geschwisterkinder und der täglichen Betreuungszeit gestaffelt werden. Eltern sollen spüren, dass sie gesellschaftlich unterstützt werden.

Die Länder sollen in Zukunft mit dem Bund Verträge darüber abschließen, wie sie vor Ort die Qualität und Teilhabe in Kitas und in der Kindertagespflege steigern und wie sie diese Konzepte finanzieren. Denn klar ist: Wenn die Länder insgesamt 5,5 Milliarden Euro bis 2022 an Bundesmittel erhalten, erwartet der Bund von ihnen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel auch entsprechend eingesetzt werden, nämlich in die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung. Erzieher sollten wirklich Zeit für unsere Kleinsten haben. Genau dies erwarten auch die Eltern.

Was hat die Große Koalition erreicht?

Die [Bilanz](#) nach sieben Monaten zeigt: Förderung von Familien und mehr Stellen in der Pflege, Investitionen in die Infrastruktur und bessere Steuerung der Zuwanderung, Stärkung der Bundespolizei und Einführung der Brückenteilzeit, Erhöhung der Mütterrente und Entlastung bei den Krankenversicherungsbeiträgen: Die Koalition hat in den vergangenen Monaten zahlreiche Projekte beschlossen oder auf den Weg gebracht, die den Menschen in Deutschland ganz konkret zugutekommen.

Infoseite konkret: Was tut die EU für mich?

Eine neue [Infoseite](#) informiert die Europäer über Projekte, von denen sie konkret im Alltag profitieren. Die Informationen sind nach Regionen und nach einzelnen Städten und Landkreisen aufgeschlüsselt. Die interaktive Online-Website „Was tut die EU für mich“ enthält 1.800 Kurzdarstellungen mit positiven Beispielen von EU-Initiativen und informiert die Nutzer darüber, was Europa für ihre Region, ihren Beruf oder ihre Freizeitaktivität tut. Rund 1800 Kurzdarstellungen sind in zwei Hauptkategorien unterteilt: Die erste Kategorie, „In meiner Region“, ermöglicht es den Nutzern, den Ort auszuwählen, an dem sie und ihre Familie leben oder arbeiten. Wie ist Europa in unseren Städten und Regionen präsent? Dieser Abschnitt der Website umfasst über 1400 Orte in allen Teilen der EU. Die zweite Kategorie, „In meinem Leben“, kann jeder Nutzer aus 400 Kurzdarstellungen für ihn persönlich wichtige Bereiche auswählen. Was tut die EU beispielsweise für Familien, oder in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Hobbys, Reisen, Sicherheit, Verbraucherentscheidungen und soziale Rechte? Wie unterstützt die EU die Menschen in ihrem Berufsleben beim Sport oder der Musik? In einem weiteren Teil der Website werden einige der Errungenschaften der laufenden Wahlperiode und die Aussichten für die Zukunft dargestellt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der öffentlichen Meinung und den Anliegen und Erwartungen der Bürger an das Handeln der EU liegt. (<https://bit.ly/2PvEdCS>)

BKA: Konkurrenz schläft nicht, sie spioniert

Nicht nur die Global Player können Opfer sein - auch jedes dritte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Deutschland war in der Vergangenheit schon von Wirtschaftsspionage oder Konkurrenzausspähung betroffen, teilt das Bundeskriminalamt (BKA) mit. Täter können ausländische Staaten, Wettbewerber oder die eigenen Mitarbeiter sein. Zwanzig Prozent der Unternehmen haben keine Strategien zur Entdeckung oder Abwehr von Angriffen auf ihr Know-how entwickelt und wären auf einen solchen Fall nicht vorbereitet. Das sind einige der Ergebnisse des Forschungsprojekts "Wirtschaftsspionage

und Konkurrenzausspähung in Deutschland und Europa" (WISKOS), das ein Forschungsteam des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht (MPICC) in Freiburg und des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (Fraunhofer ISI) in Karlsruhe gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt (BKA), dem Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg und der Sächsischen Hochschule der Polizei durchgeführt hat. Die Bedrohung besteht gleichermaßen von innen, etwa durch unzufriedene oder ehemalige Mitarbeiter, wie von außen, etwa durch Cyberspionage. Dennoch fehlt es gerade bei den kleinen Unternehmen an Präventionsstrategien: Jedes fünfte Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten gab an, keine Strategie gegen physische Spionage zu haben, und auch nur wenige mehr verfügen über ein Präventionskonzept gegen Cyberspionage. Erschwerend kommt hinzu, dass sich viele Unternehmen scheuen, sich bei einem Spionageverdacht externe Unterstützung zu suchen. "Es gibt bislang keine Standard-Vorgehensweise. Es herrscht in den Unternehmen eher große Unsicherheit beim Thema Spionage mit einem doppelten Dunkelfeld", sagt Werner Heyer vom LKA Baden-Württemberg. Grundsätzlich können sich die Betriebe eine Kooperation mit den Behörden gut vorstellen, so die Untersuchung - klare Zuständigkeiten und ein vertrauensvolles Verhältnis vorausgesetzt. Umfangreiche Materialien inklusive Handlungsleitfäden sowie weitere Informationen finden sich unter <http://wiskos.de> und auf der BKA-Webseite unter www.bka.de. Weitere Fragen und Anliegen nehmen das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Anna Schaich, +49 - (0)761 - 7081-273, a.schaich@mpicc.de, und das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, Anne-Catherine Jung, +49 - (0)721 - 6809-100, Anne-Catherine.Jung@isi.fraunhofer.de entgegen. (dpa)

Zitate

„Ich weiß sehr wohl, dass ich Eure Nerven damit sehr auf die Probe gestellt habe.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel an die Delegierten des CDU-Parteitags am 7.12.2018 in Hamburg über ihre Art, nicht auf jede Attacke des politischen Gegners gleich wortreich zu reagieren.)

„Für meine Verbundenheit mit der Partei brauche ich keinen Parteivorsitz - und Bundeskanzlerin bin ich ja auch noch“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel am Freitag bei ihrer Abschiedsrede als CDU-Bundesvorsitzende vor dem Parteitag in Hamburg.)

„Das C ist der Leitstern.“ Annegret Kramp-Karrenbauer, als Kandidatin für den CDU-Parteivorsitz am Freitag in ihrer Bewerbungsrede auf dem Bundesparteitag in Hamburg.